

**Geschäftsstelle**

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

---

**Schreiben von Ulrike Donat  
zur Beendigung ihrer Mitarbeit in der Endlagerkommission**

---

<p><b>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. 88a</b></p>
-------------------------------------------------------------------------------------



**Ulrike Donat**

Rechtsanwältin • Mediatorin

U. Donat – Rechtsanwältin • Lerchenstr. 28 a • 22767 Hamburg

Endlagerkommission  
Arbeitskreis 1  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Lerchenstrasse 28 a  
22767 Hamburg  
Tel. 040 3980 6130  
Fax 040 3980 6131  
donat@ulrike-donat.de  
www.ulrike-donat.de

19. Februar 2015  
do2014/0059MED-/do

Sehr geehrter Herr Meister,  
sehr geehrter Herr Gassner,  
sehr geehrte Frau Heinen-Esser,  
sehr geehrter Herr Müller,  
sehr geehrte Mitglieder des AK 1 der Endlagerkommission,  
sehr geehrte Mitglieder der Endlagerkommission,

ab sofort nehme ich von einer weiteren Teilnahme an den Sitzungen des AK1 der Endlagerkommission Abstand.

Mein Status in diesem Gremium ist von Anfang an uneindeutig. Meine Bereitschaft zur Mitarbeit stand unter Vorbedingungen, die bis heute nicht erfüllt sind. Auch werden meine sachverständigen Äußerungen inzwischen in der Endlagerkommission vereinnahmt als angebliche Beteiligung einer „Vertreterin von Gorleben“, obwohl ich hierfür keinerlei Mandat hatte oder habe. Hierfür stehe ich nicht zur Verfügung, was ich von Anfang an klar gestellt habe.

Aus Sicht einer gewollten „Beteiligung“ halte ich es es schon im Ansatz für verfehlt, eine kontinuierliche Mitarbeit von kritischen Bürgerinnen und Bürgern in einem Gremium hochbezahlter Lobbyisten zu erwarten, ohne vorab eine angemessene Aufwandsentschädigung zu klären.

Nach den Wortbeiträgen im Arbeitskreis 1, die ich wahrgenommen habe, erwarte ich von der Endlagerkommission keinerlei fruchtbare Ergebnisse mehr, die dem eigenen Konsensanspruch und gleichzeitig einem „Neuanfang in der Endlagersuche“ gerecht werden können:

Der Zeitrahmen ist nicht ausreichend, Vorbedingungen für die Beteiligung atomkritischer Gruppen sind nicht erfüllt und die Atomkonzerne setzen darauf, sich aus der Verantwortung für ihre Hinterlassenschaften zu stehlen, mit Klagen und auf andere Weise.

Eine Offenheit der Vertreter der Atomindustrie in der Endlagerkommission und im Arbeitskreis 1 für einen „Neuanfang“ konnte ich nicht erkennen. Es bestätigt sich vielmehr mein Eindruck, dass die Vertreter der Atomindustrie gemeinsam mit gleichgesinnten Kommissionsmitgliedern ihre von vorneherein durchgesetzten Mehrheitsverhältnisse nutzen wollen, allein ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Weder Offenheit für Expertenmeinungen noch die Bereitschaft zu einem ernsthaften Dialog im Arbeitskreis konnte ich wahrnehmen. Nach den von dieser Seite getätigten Äußerungen und Vorschlägen gehe ich davon aus, dass diese Kommissionsmitglieder niemals einem ernsthaft dialogorientierten und partizipativen Beteiligungsverfahren zustimmen werden, das meinen und den Ansprüchen der anderen angehörten Beteiligungsexperten auch nur entfernt gerecht wird.

Weiter gibt es zunehmend Anzeichen dafür, dass die Energiekonzerne und ihre Vertreter in der Kommission und durch Druck außerhalb der Kommission unbeirrbar den Standort Gorleben durchsetzen wollen, und damit die Grundlagen der Endlagerkommission in Frage stellen, obwohl sie selbst darin mitarbeiten. Dies ist für mich ein unauflösbarer Widerspruch und eine einseitige Aufkündigung des im StandAG angeblich verwirklichten „breiten Konsenses“ – einseitig wird die Regelung in § 29 StandAG aufgekündigt, die angeblich Teil eines parteiübergreifenden Kompromisses gewesen sein soll. Nach meiner Ansicht müssen die Vertreter der Atomindustrie, die für Klagen gegen die gesetzliche Regelung im StandAG verantwortlich sind und gleichzeitig in der Kommission mitarbeiten wollen, auf ihren Sitz in der Kommission verzichten oder von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Man kann nur entweder verhandeln oder auf Machtkampf setzen.

Dies ist keine Basis für die bei der Einsetzung der Endlagerkommission angekündigte Verständigung „im Konsens“ – es fehlt einer Seite jede Konsensbereitschaft und vor allem – was ich aus meiner Sicht als verantwortliche Bürgerin schlimmer finde – jede Verantwortung, für den selbst verursachten Atommüll mit den bei der Nutzung der Atomenergie erzielten hohen Profiten einzustehen.

All dies überzeugt mich davon, dass meine Teilnahme am AK 1 der Endlagerkommission nicht nur verschwendete Zeit ist, sondern auch mißbraucht werden kann oder gar soll, um eine angebliche Beteiligung von Gorleben-Kritikern zu konstruieren. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

